



→ Infoblatt²⁰²³ 17

Bundesamt für Justiz

Informationen der Bundeskontaktstelle im Europäischen Justiziellen Netz für Zivil- und Handelssachen

- Der Europäische Tag der Justiz 2022.....Seite 2
- Digitalisierung des europäischen Rechtshilfeverkehrs und des
Zugangs zum Recht.....Seite 6
- Judicial Networking and Cooperation through the European
Judicial Network in Civil and Commercial MattersSeite 10
- Arbeitshilfen und Formulare für die Rechtshilfepraxis auf der
Internetseite des Bundesamts für Justiz.....Seite 18
- PersonellesSeite 19
- ImpressumSeite 20

DAS EUROPÄISCHE JUSTIZIELLE NETZ

→ Der Europäische Tag der Justiz 2022

Am 28. und 29. September 2022 fand die zentrale deutsche Veranstaltung zum Europäischen Tag der Justiz in Nürnberg statt. Sie wurde vom Bundesamt für Justiz in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Staatsministerium der Justiz und dem Landgericht Nürnberg-Fürth organisiert. Als Partnerland konnte die Tschechische Republik gewonnen werden.

Den Auftakt für das Programm bildete eine Bürgerveranstaltung. Der Publizist und Politologe Ingo Espenschied nahm interessierte Bürgerinnen und Bürger mit auf eine anschauliche multimediale Reise durch die Geschichte der Europäischen Union.

Im Anschluss bestand unter Moderation von Herrn Espenschied die Möglichkeit zur Diskussion mit Herrn Dr. Deckarm, stellv. Leiter der Regionalvertretung der Europäischen Kommission in München, und Herrn Dr. Bux, Leiter des Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments in München.

Am Folgetag fand ein Moot Court nach deutschem und tschechischem Recht mit Studierenden der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg sowie der Karls-Universität Prag sowie der Masaryk-Universität Brunn statt.



↑ Bürgerveranstaltung im Landgericht Nürnberg-Fürth: Ingo Espenschied beim Vortrag „70 Jahre Europa – das Vermächtnis der Gründungsväter“



↑ Bürgerveranstaltung im Landgericht Nürnberg-Fürth: Ingo Espenschied diskutiert mit Dr. Udo Bux, Leiter des Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments in München, und Dr. Renke Deckarm, stellv. Leiter der Regionalvertretung der Europäischen Kommission in München

→ Das Plakat zur Bürgerveranstaltung des Europäischen Tags der Justiz in Nürnberg



↑ Am Informationsstand des BfJ: Veronika Keller-Engels, Präsidentin des BfJ und Dr. Udo Bux, Leiter des Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments in München



↑ Moot Court mit Studierenden der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg sowie der Karls-Universität Prag und der Masaryk-Universität Brünn

In zwei Prozessspielen wurden für die Studierenden die Unterschiede aber auch Gemeinsamkeiten zwischen deutschem und tschechischem Verfahrensrecht deutlich. Fachlich begleitet wurden die Studierenden auf deutscher Seite von Herrn Prof. Dr. Kudlich, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, sowie auf tschechischer Seite

von Herrn Prof. JUDr. Fryšták Ph.D. D., Prodekan der Masaryk-Universität Brünn, und Herrn Mgr. Franc, Vizepräsident des Bezirksgerichts in Prag.

Im Anschluss konnten sich die Studentinnen und Studenten an den zahlreichen Informationsständen über die Europäische Union und die justizielle Zusammenarbeit in Europa informieren.



← Fachveranstaltung im
Landgericht Nürnberg-Fürth

Der Kern der Veranstaltung richtete sich an das juristische Fachpublikum. Zunächst stellte Herr Dr. Stein, Europäische Kommission, die aktuellen Entwicklungen in der justiziellen Zusammenarbeit in Zivil- und Strafsachen vor, wobei ein besonderer Fokus auf dem Thema der Digitalisierung lag. Die anschließenden Workshops behandelten aktuelle Themen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit:

Der erste Workshop beschäftigte sich unter der Moderation von Herrn Weitner, Direktor des Amtsgerichts Neustadt an der Aisch, mit der Bekämpfung von Cyberkriminalität. Herr Gründler, Generalstaatsanwalt in Bamberg, Herr JUDr. Zeman, Staatsanwalt der Obersten Staatsanwaltschaft Brünn, Herr Polach, IT-Forensiker bei der Zentralstelle Cybercrime Bayern, Herr Dr. Rückert, Lehrbeauftragter und Head of Cybercrime Research Group an der Universität Erlangen-Nürnberg, sowie Herr Rechtsanwalt Seifert, Seifert Bär Rechtsanwälte, konnten dabei dem Publikum ihre umfangreichen Erfahrungswerte in ihren Aufgabengebieten näherbringen.

Der zweite Workshop widmete sich unter der Moderation von Frau Dr. Plötzgen-Kamradt, Bundesamt für Justiz, den neuen Zivilrechtshilfverordnungen zur Zustellung und Beweisaufnahme, die ab dem 1. Juli 2022 Geltung erlangt haben. Nach einer kurzen Vorstellung der Unterstützungsmöglichkeiten des Europäischen Justiziellen Netzes für Zivil- und Handelssachen durch Herrn Schröder, Bundesamt für Justiz, wurden die Verordnungen im Detail besprochen. Neben einem Überblick über die rechtlichen

Neuerungen durch Frau Kohake, Bundesministerium der Justiz, gab Herr Dr. Czaplík, Ministerium der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen, Einblicke in die geplante technische Umsetzung der elektronischen Übermittlung von Rechtshilfeersuchen, die in den Neufassungen der Zivilrechtshilfeverordnungen vorgesehen ist. Im Fokus standen Praxistipps zur Beweisaufnahme per Videokonferenztechnik. Frau Dr. Selzner, Richterin am Oberlandesgericht Düsseldorf, sowie Herr Pražák, Richter am Stadtgericht Prag stellten anschaulich die Fallstricke und praktischen Kniffe für die gerichtliche Praxis dar und berichteten von ihren Erfahrungen.

In einem dritten Workshops wurden unter der Moderation von Herrn Schlauß, Bundesamt für Justiz, die Herausforderungen und Unterstützungsmöglichkeiten in grenzüberschreitenden Sorgerechtsstreitigkeiten diskutiert. Herr Prof. Dr. Dutta von der Universität München sowie Frau Dr. Unger, Rechtsanwälte Unger, gaben einen Überblick über die Neuerungen der Brüssel IIb-VO. Daneben wurde die Arbeit der Zentralen Behörden aus tschechischer und deutscher Sicht beleuchtet. Herr Kapitán, Direktor des Amtes für den internationalen Kinderrechtsschutz, Tschechische Republik, sowie Herr Höhn, Bundesamt für Justiz, berichteten aus ihrer täglichen Praxis. Ergänzt wurde der Workshop durch einen Beitrag aus der gerichtlichen Praxis: Frau Prof. Dr. Bayerlein, Vizepräsidentin des Oberlandesgerichts Nürnberg, berichtete über die Anwendung des Haager Kindesentführungsübereinkommen und der Brüssel-IIb-Verordnung im Beschwerdeverfahren.



← Festakt im Historischen Rathaussaal der Stadt Nürnberg

↓ Veronika Keller-Engels, Präsidentin des BfJ, begrüßt Richard Krpač, stellvertretender Justizminister der Tschechischen Republik, in der Mitte: Georg Eisenreich, Staatsminister der Justiz des Freistaates Bayern

Mit einem Festakt im Historischen Rathaussaal der Stadt Nürnberg nahm der Europäische Tag der Justiz seinen Ausklang. Nach einem Grußwort des Oberbürgermeisters der Stadt Nürnberg sowie der Staatssekretärin im Bundesministerium der Justiz und des stellvertretenden Justizministers der Tschechischen Republik hielt der Staatsminister der Justiz des Freistaates Bayern, Herr Eisenreich, den Festvortrag und betonte die wertvolle grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Europäischen Union.



Die nächste deutsche zentrale Veranstaltung anlässlich des Europäischen Tages der Justiz wird in Kooperation mit dem Ministerium der Justiz Sachsen-Anhalt und dem Landgericht Halle am 23. November 2023 in den Räumlichkeiten des Landgerichts Halle (Saale) stattfinden. ■

 **Elif Tatli**
Referat II 1 des Bundesamts für Justiz



← Festakt im Historischen Rathaussaal der Stadt Nürnberg: Grußwort des stellvertretenden Justizministers der Tschechischen Republik Richard Krpač

DAS EUROPÄISCHE JUSTIZIELLE NETZ

→ Digitalisierung des europäischen Rechtshilfeverkehrs und des Zugangs zur Justiz

Seit Jahren wird an dieser Stelle über die Fortschritte der Digitalisierung der europäischen Rechtshilfe berichtet. Mit dem Justizdigitalisierungspaket steht jetzt die umfassende Digitalisierung der justiziellen Zusammenarbeit und des Zugangs zum Recht in grenzüberschreitenden Zivil-, Handels- und Strafsachen unmittelbar vor der Verabschiedung.¹ Bereits im Dezember 2021 hatte die Europäische Kommission Vorschläge für

1. eine Verordnung über die Digitalisierung der justiziellen Zusammenarbeit und des Zugangs zur Justiz in grenzüberschreitenden Zivil-, Handels- und Strafsachen und zur Änderung einiger Rechtsakte im Bereich der justiziellen Zusammenarbeit² (Digitalisierungs-VO); und
2. eine Richtlinie zur Änderung bestimmter Rechtsakte betreffend die Digitalisierung der justiziellen Zusammenarbeit³

vorgelegt. Sie ergänzen und modernisieren die bestehenden EU-Regelungen zur grenzüberschreitenden justiziellen Zusammenarbeit. Ziel der Initiative war es, die justizielle Zusammenarbeit bei grenzüberschreitenden Fällen EU-weit effizienter und widerstandsfähiger gegen Krisen wie die COVID-19-Pandemie zu machen.

Vorgesehen ist nicht weniger als die verpflichtende Digitalisierung der gesamten justiziellen Kommunikation in Rechtshilfeangelegenheiten in der EU nach dem digital-by-default-Prinzip. Außerdem sind Regeln für den Einsatz von Videokonferenztechnik in grenzüberschreitenden Zivil- und Strafverfahren, zu Standards und Rechtsfolgen bei der Verwendung elektronischer Dokumente und für ein bürgernahes Justizportal der EU vorgesehen.

¹ Im Trilog wurde eine politische Einigung erzielt. Im Rat hat der ASTV-2 den Kompromisstexten am 19. Juli 2023 zugestimmt. Mit der Verabschiedung ist in Q4/2023 zu rechnen.

² KOM 2021/759 final, 2021/0394(COD).

³ KOM 2021/760 final, 2021/0395(COD).

1. Anwendungsbereich

Die Digitalisierungs-VO schafft gemäß Art. 1 Abs. 1⁴ einen einheitlichen Rechtsrahmen für die elektronische Kommunikation zwischen „zuständigen Behörden“ in Rechtshilfeverfahren in Zivil-, Handels- und Strafsachen. Zuständige Behörden meint Gerichte, Staatsanwaltschaften, zentrale Behörden und andere zuständige Behörden der Mitgliedstaaten und in Strafsachen zusätzlich Stellen und Einrichtungen der Europäischen Union, etwa Eurojust und EuStA (Art. 2 Abs. 1 S. 1). Daneben wird die elektronische Kommunikation zwischen natürlichen oder juristischen Personen und zuständigen Behörden geregelt. Der Anwendungsbereich ist beschränkt auf dreizehn Rechtsakte im Bereich Zivil- und Handelssachen (Anhang I) und elf Rechtsakte in Strafsachen (Anhang II).

2. Darstellung der Regelungen

a) Elektronische Kommunikation in Rechtshilfeangelegenheiten

Die zentrale Bestimmung für die hoheitliche Kommunikation in Rechtshilfeangelegenheiten ist Art. 3. Der Regelungsaufbau ist zweistufig. Während Abs. 1 den Grundsatz enthält, dass jede Kommunikation zwischen den beteiligten hoheitlichen Stellen über ein „sicheres, effizientes und zuverlässiges dezentrales IT-System“ (hiermit ist das im Aufbau befindliche e-CODEX-System gemeint) erfolgen soll, enthalten Absätze 2 und 3 eine abschließende Regelung zu den Ausnahmen.

Danach kann auf andere Kommunikationswege ausgewichen werden, wenn die elektronische Kommunikation entweder unmöglich (Abs. 2) oder in der

⁴ Artikelnennungen und Erwägungsgründe ohne Bezeichnung des Rechtsakts beziehen sich auf den Kompromisstext der Digitalisierungs-VO mit der Dokumentenbezeichnung PE-CONS 50/23. Solche der Digitalisierungs-RL beziehen sich auf die Dokumentenbezeichnung PE-CONS 51/23.

konkreten Situation unangemessen (Abs. 3) ist. Unmöglichkeit liegt vor, wenn das dezentrale IT-System gestört ist (Abs. 2 lit. a)), die physische oder technische Beschaffenheit des zu übermittelnden Materials eine elektronische Übermittlung ausschließt (Abs. 2 lit. b)) oder bei höherer Gewalt (Abs. 2 lit. c)).

Mit der Ausnahme der physischen oder technischen Natur des zu übermittelnden Materials sind Fälle gemeint, in denen eine elektronische Übermittlung ausgeschlossen ist. Das kann daran liegen, dass die zu übermittelnden Daten das zulässige Übermittlungsvolumen des dezentralen IT-Systems überschreiten. Auch wenn es gerade auf das Original ankommt, wie bei Beweismitteln oder zur Erfüllung von bestimmten Formvorschriften, die durch die Verordnung nicht angetastet werden (vgl. Art. 3 Abs. 5), kann von einer elektronischen Übermittlung abgesehen werden.

Die zweite Ausnahme in Abs. 3 betrifft insbesondere Fälle, in denen die zugrundeliegenden Rechtsakte den Beteiligten hinsichtlich der Kommunikation besondere Flexibilität einräumen (vgl. etwa Art. 5 Abs. 3 UAbs. 3 der Digitalisierungs-RL). Die Ausnahme gilt allerdings nicht für die Übermittlung von Formularen, deren Verwendung vorgeschrieben ist (Abs. 4 S. 1).

Eine aus deutscher Sicht wichtige Änderung im Vergleich zum Kommissionsvorschlag ist, dass bei einer mehrgliedrigen Kommunikationskette nur der tatsächlich grenzüberschreitende Teil über das e-CODEX-System erfolgen muss. Für die Teile der Kommunikation, die zwischen verschiedenen Stellen innerhalb eines Mitgliedstaats erfolgen (man denke etwa an die Validierung eines Ersuchens durch ein Gericht), können auch nationale Kommunikationssysteme genutzt werden. Hier ist die Nutzung des e-CODEX-Systems optional ausgestaltet (Abs. 6), was für die nationale technische Umsetzung mehr Flexibilität bringt.

b) Europäischer elektronischer Zugangspunkt (eeAP)

Auf dem e-Justiz Portal wird ein europäischer Zugangspunkt (eeAP) eingerichtet, der Teil des dezentralen IT-Systems e-CODEX sein wird. Der eeAP soll Informationen über Rechte und Prozesskostenhilfe enthalten und Bürgern und juristischen Personen sowie ihren Vertretern die elektronische Kommunikation mit zuständigen Behörden ermöglichen (Art. 4 Abs. 2). Das betrifft u.a. das Europäische Mahnverfahren⁵, das Verfahren für geringfügige Forderungen⁶, die EuInsVO⁷, sowie die Brüssel Ia-VO⁸ und die Brüssel IIa-VO⁹. Die Verfahren können über den eeAP eingeleitet und durchgeführt werden (Abs. 4). Eine förmliche Zustellung gerichtlicher Dokumente an natürliche und juristische Personen oder deren Vertreter in elektronischer Form ist auch möglich, allerdings nur, wenn diese ausdrücklich und verfahrensbezogen eingewilligt haben (Abs. 6).

c) Videoverhandlungen

aa) Zivil- und Handelssachen

Artikel 5 führt in Zivil- und Handelssachen¹⁰ das Recht der Verfahrensbeteiligten¹¹ und ihrer Vertreter ein, an grenzüberschreitenden Verhandlungen oder Anhörungen mittels Videokonferenztechnik oder anderen Fernkommunikationsmitteln¹² teilzunehmen; das Gericht kann die Nutzung von Fernkom-

⁵ VO 1896/2006/EG.

⁶ VO 861/2007/EG.

⁷ VO 2015/848/EU.

⁸ VO 1215/2012/EU.

⁹ VO 2019/1111/EU.

¹⁰ Nicht umfasst sind notarielle Beurkundungen und Beglaubigungen (vgl. ErwG 41).

¹¹ Der Begriff der „party“ sollte hier weit verstanden werden und auch Streithelfer umfassen. Der Auffassung von Heck (ZIP 2022, 1529 [1535]), dass der EUGH unter Partei nur Kläger und Beklagte versteht, ist nicht beizutreten, da die enge Auslegung von Art. 3 Abs. 1 des Verfahrens für geringfügige Forderungen gerade mit den Besonderheiten des betreffenden Rechtsakts begründet wurde (vgl. EuGH Urteil v. 22.11.2018, Az. C-627/17 –, juris [Rn. 26-29]).

¹² Bei der Nutzung von Fernkommunikationsmitteln muss jeweils die Authentifizierung durch das Gericht sichergestellt sein, weshalb reine Telefonanrufe nicht genügen (vgl. ErwG 32).

munikationsmitteln – nach Maßgabe des nationalen Rechts – auch von Amts wegen anordnen. Die Regelung gilt grundsätzlich nicht für Beweisaufnahmen¹³ (einschließlich der Parteivernehmung). Voraussetzung für das Recht der Beteiligten sind der – auch kurzzeitige – Aufenthalt eines Beteiligten oder seiner Vertreter in einem anderen Mitgliedstaat und ein Antrag, über den das Gericht, bei dem das Verfahren anhängig ist, zu entscheiden hat. Die Entscheidung des Gerichts über die Anordnung ergeht auf Grundlage der in Art. 5 Abs. 1 lit. a) - c) genannten Kriterien. Der Zustimmung des anderen Mitgliedsstaats, in dem sich die betreffende Beteiligte oder deren Vertreter aufhält, bedarf es nicht.¹⁴

Das Verfahren der Anordnung und Durchführung richtet sich nach nationalem Recht (Art. 5 Abs. 4).¹⁵ Insoweit wird in Deutschland nach Inkrafttreten des Gesetzesentwurfs zur Förderung des Einsatzes von Videokonferenztechnik in der Zivilgerichtsbarkeit und den Fachgerichtsbarkeiten¹⁶ voraussichtlich kein Durchführungsbedarf entstehen.

bb) Strafsachen

In Strafsachen werden Anhörungen und Vernehmungen¹⁷ mittels Videokonferenztechnik oder anderer Fernkommunikationsmittel nur in Rechtshilfeverfahren ermöglicht. Die betreffenden Rechtshilfeverfahren sind in Art. 6 Abs. 1 S. 1 Hs. 1 lit. a) - f) aufgeführt.¹⁸

¹³ Das folgt neben dem auf die Parteien beschränkten Wortlaut auch systematisch-teleologisch daraus, dass die speziellen Vorschriften der EuBVO, der EuKoPfVO und des Verfahrens für geringfügige Forderungen unberührt bleiben. Es handelt sich hierbei – entgegen dem Anschein in ErwG 39 f – um keine *lex specialis*, sondern eine Klarstellung des Nebeneinanders der betreffenden Regelungen (vgl. auch Art. 1 Abs. 1 S. 2 lit. (a)). Die Formulierung „without prejudice“ wird in unterschiedlichen Rechtsakten unterschiedlich verwendet.

¹⁴ Ob das Territorialitätsprinzip der Durchführung einer grenzüberschreitenden Videoverhandlung entgegensteht ist umstritten (dagegen etwa Windau, jM 2021, 178 [180] m.w.N.; differenzierend Heck, ZIP 2022, 1529 ff).

¹⁵ Vgl. auch ErwG 33, 36.

¹⁶ BR-Drs. 228/23.

¹⁷ Die Hauptverhandlung und sonstige Beweisaufnahmen sollen vom Begriff des „hearing“ nicht erfasst sein (vgl. ErwG 43).

¹⁸ Andere Rechtsakte, die den Einsatz von Videokonferenztechnik in Strafsachen regeln, wie die Europäische Ermittlungsanordnung (RL 2014/41/EU) und Gemeinsame Ermittlungsgruppen (RB 2002/465/JI) bleiben gemäß Art. 6 Abs. 4 unberührt (vgl. auch ErwG 43).

Grundsätzlich setzt der Einsatz der Fernkommunikationsmittel die Zustimmung der beschuldigten, angeklagten, verurteilten oder betroffenen Person voraus. Ausnahmsweise kann auf die Zustimmung verzichtet werden, wenn bei der Durchführung der Anordnung in Präsenz eine schwerwiegende Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Gesundheit entstehen würde. Der in Art. 6 Abs. 8 vorausgesetzte Zugang zu Rechtsbehelfen bei Verfahrensverstößen muss von den Mitgliedstaaten ausgestaltet werden.

d) Sonstiges

aa) Elektronische Form und sichere Übermittlungswege

Art. 7 stellt klar, dass der Rechtsrahmen der eIDAS-VO¹⁹ anwendbar ist (Abs. 1). Speziell wird für Art. 3 festgelegt, dass die Schriftform b.z.w. die Form des Siegels erfüllt ist, wenn ein elektronisches Dokument mit einer qualifizierten elektronischen Signatur (q.e.S.) bzw. einem qualifizierten elektronischen Siegel signiert ist (Abs. 2). Für den eeAP (Art. 4 Abs. 2) wird die Schriftform bei elektronischen Dokumenten durch eine Signatur mit q.e.S. oder – vergleichbar mit dem aus den deutschen Verfahrensordnungen bekannten „sicheren Übermittlungsweg“ eine elektronische Identifizierung mit Sicherheitsniveau hoch i.S.d. Art. 8 Abs. 2 lit. (c) eIDAS-VO ersetzt.

bb) Elektronische Zahlung von Gebühren

Nach Art. 9 soll die elektronische Zahlung von Gebühren ermöglicht werden, wobei die in Deutschland übliche Zahlung per Banküberweisung zu den Methoden gehört, die dieses Kriterium erfüllen.

cc) Barrierefreiheit

Das dezentrale IT-System, der eeAP, die Durchführung von Videoverhandlungen und die elektronische Zahlung von Gebühren müssen barrierefrei ausgestaltet sein.²⁰

¹⁹ VO (EU) 910/2014.

²⁰ Gemäß der Konvention der Vereinten Nationen zu den Rechten von Menschen mit Behinderungen (vgl. ErwG 29).

dd) Schulungen

Gemäß Art. 11 sollen die Mitgliedstaaten dafür Sorge tragen, dass die Angehörigen der Rechtsberufe hinreichenden Zugang zu Schulungen hinsichtlich der Nutzung des dezentralen IT-Systems, von Videokonferenztechnik und anderen Fernkommunikationsmitteln haben.

3. Technische Umsetzung und Ausblick

Die Vorschriften zur Nutzung von Videokonferenztechnik (Art. 5 f) werden fünfzehn Monate nach Inkrafttreten der Digitalisierungs-VO²¹ anwendbar (vgl. Art. 26 Abs. 2).

Hinsichtlich der elektronischen Kommunikationsmittel gemäß Art. 3 und des eeAP i.S.d. Art. 4 wird die Nutzung des dezentralen IT-Systems²² rechtsaktbezogen in vier Wellen, spätestens vier, fünf, sechs, bzw. sieben Jahre nach Inkrafttreten der Digitalisierungs-VO verpflichtend. Für die nationale Umsetzung des Anschlusses an das dezentrale IT-System verbleiben aber gemäß Art. 26 Abs. 3 jeweils lediglich zwei Jahre nach Verabschiedung des jeweiligen Durchführungsrechtsakts i.S.d. Art. 10 Abs. 3.²³ Hinsichtlich der Einhaltung des Zeitrahmens für den Erlass der Durchführungsrechtsakte nach dem Ausschussverfahren (Art. 15) stellen die gleichzeitig laufende Übergabe des e-CODEX-Systems auf die EU-Agentur

eu-LISA, die bis zum 31.12.2023 abgeschlossen sein muss, das bereits laufende Umsetzungsverfahren hinsichtlich der Neufassungen der Beweisaufnahmeverordnung (EuBVO)²⁴ und der Zustellungsverordnung (EuZVO)²⁵ sowie der Umsetzung des Systems für den digitalen Austausch Europäischer Ermittlungsanordnungen (eEDES) eine besondere Herausforderung dar. Für die Begleitung der Umsetzung wurde die E-Justiz-Koordinierungsstelle Europa (EKE) beim Justizministerium NRW ins Leben gerufen, welche die Koordination technischer, administrativer und rechtlicher Aspekte übernimmt und, im Auftrag des Bundes und der Länder, den gemeinsamen nationalen e-CODEX-Zugangspunkt betreibt. Der Bund kofinanziert die EKE über die Digitalisierungsinitiative für die Justiz.

Die Regelungen der Digitalisierungs-VO stellen hinsichtlich der verpflichtenden Kommunikation über das dezentrale IT-System eine Blaupause für künftige Rechtsakte der EU dar. Zu nennen sind hier nicht abschließend die Gesetzgebungsvorhaben für eine Europäische Herausgabeanordnung (e-evidence-VO)²⁶, die VO betreffend die Übertragung von Strafverfahren²⁷, die Erwachsenenschutz-VO²⁸ und die Elternschafts-VO²⁹. ■



Malte Büttner und Moritz van Hövell

Referat D B 1 des Bundesministeriums der Justiz

²¹ Die Digitalisierungs-VO tritt nach Ablauf des 20. Tags, der auf ihrer Veröffentlichung im Offiziellen Amtsblatt der EU folgt, in Kraft (Art. 26 Abs. 1).

²² Das dezentrale IT System besteht aus den national betriebenen IT-Systemen der Mitgliedstaaten und der EU (Backend) und interoperablen Zugangspunkten, die auf dem e-CODEX-System basieren sollen (vgl. ErwG 20). Die Europäische Kommission erarbeitet jeweils eine Referenzimplementierungssoftware, die anstelle eines (nationalen) IT-Systems als Backend genutzt werden kann und eine Schnittstelle zur Kommunikation mit nationalen IT-Systemen enthält. Die Entwicklung der Referenzimplementierungssoftware soll modular aufgesetzt sein, d.h. separat von den erforderlichen Anpassungen der e-CODEX-Komponenten entwickelt und bereitgestellt werden (ErwG 26).

²³ Die Durchführungsakte enthalten insbesondere technische Spezifikationen zur Kommunikation über das dezentrale IT-System und den eeAP, die Kommunikationsprotokolle, die digitalen prozeduralen Standards und Informationssicherheitsanforderungen.

²⁴ VO 2020/1783/EU.

²⁵ VO 2020/1784/EU.

²⁶ VO 2023/1543/EU.

²⁷ KOM 2023/185 final.

²⁸ KOM 2023/280 final.

²⁹ KOM 2022/695 final.

DAS EUROPÄISCHE JUSTIZIELLE NETZ

Judicial Networking and Cooperation through the European Judicial Network in Civil and Commercial Matters

I. The purpose

One of the most outstanding aspects of the structure and work of the European Judicial Network in Civil and Commercial Matters (EJN) in Spain consists of having made the EJN available to national judges through an interconnection of international judicial cooperation networks, both national and international, which allows the EJN's activities and work to reach national judges directly and effectively. Basically, the aim is to facilitate the networking of judicial authorities in EU countries to improve judicial cooperation. From my current position as EJN Spanish judicial contact point, I would like to provide you with a senior judge's perspective on the EJN and how it can be used effectively in the service of national judges. We will see that Spain can be considered as a paradigm of networking, putting at the service of national judges both the European Judicial Network in Civil and Commercial Matters and other national and international networks of judicial cooperation.

II. The EJN Spanish judicial contact point

As for me, I am currently senior judge and head of section of the International Relations Service of the Spanish General Council of the Judiciary (CGPJ), which allows me to offer direct judicial assistance to all national judges in matters of cross-border judicial cooperation (civil and commercial matters). At the same time, I am the liaison judge for Spain in the International Hague Network of Judges (IHNJ), contact point for the Iber-Red and the EJN, contact point for the CGPJ in the European Network of Councils for the Judiciary (ENCJ) and contact point for the CGPJ in the "National Justice System" of the European Commission in charge of the annual elaboration of the EU Justice Scoreboard.

I am also responsible for coordinating two Spanish national networks of international cooperation from my position as head of section of the International Relations Service of the CGPJ: The Spanish Judicial Network for International Judicial Cooperation (also known as REJUE), whose essential objective is to assist Spanish judicial bodies that demand it in all requests for international judicial cooperation issued or received in the exercise of their jurisdictional activity and to assist other members of judicial cooperation networks; and the Spanish Network of Specialists in European Union Law (also known as REDUE), which assists Spanish judicial bodies in all matters concerning the application of European Union Law and the case law of the European Court of Justice.

Aside of my current position as coordinator of REJUE and REDUE I was also member of the REJUE from 2000 to 2018 and member of the REDUE from 2006 to 2012. As far as the EJN is concerned, I have been a member of the EJN as Spanish judicial contact point since January 2018 and EJN member as «other judicial authority responsible for judicial cooperation in civil and commercial matters» since July 2003. I have thus had the opportunity to attend 40 EJN meetings since the 3rd EJN meeting in Brussels on July 16, 2003, and 8 meetings of Central Authorities under art. 58 Regulation Brussels IIa, making a total of 48 EJN meetings attended so far since 2003.





At the level of personnel and resources (staff, financial resources, and up-to-date means of communication) my position as senior judge EJM Spanish judicial contact point is supported by the CGPJ and its International Relations Section department (three senior judges and 8 civil servants) and the CGPJ financial resources, where I have available modern means of communication, including electronic signature. I do not have a personal contact point website, but I can use International Relations CGPJ and «Prontuario» websites. Regarding EJM incoming request statistics as EJM Spanish judicial contact point since January 2018, I have had more than 120 and the most requesting country has been Germany with more than 40 request. On the other side, there are 15 EJM countries that have never made me a request in the field of EJM activities.

The tasks that I like the most as an EJM Spanish judicial contact point are the followings:

- a) Ensure that the local judicial authorities receive EJM information and make the website of the

Network better known to the local judicial authorities.

- b) Supply the local judicial authorities with all the information and assist them in preparing feasible requests for judicial cooperation.
- c) Seek solutions to difficulties arising of a request for judicial cooperation (practical assistance)

About how I organize my activities, I try to attend all network meetings and respond to all requests submitted «without delay», disseminating the whole EJM knowledge to all members of Spanish REJUE members to whom I sent, for example, 24 emails in 2018, 57 emails in 2019, 83 emails in 2022, 75 emails in 2021 and 71 emails in 2022.

To deal with incoming and outgoing cases I am using email and IMI System and I am preparing the EJM meetings in coordination with other Spanish Contact Points under Minister of Justice and CGPJ umbrellas, counting always on Spanish REJUE members.

III. The EJM structure in Spain

In Spain, the EJM contact points are located in the Ministry of Justice, the CGPJ and the State Prosecutor's Office. There are currently 8 contact points distributed as follows: 6 contact points by the Ministry of Justice (2 in the Subdirectorate General for International Legal Cooperation and 4 Clerks (called in Spain «Letrados de la Administración de Justicia»), 1 judicial contact point for the CGPJ (the only senior judge), and 1 contact point for the State Attorney General's Office.

The EJM structure in Spain also includes central authorities, liaison senior judges, and judicial or administrative authorities with responsibility for judicial cooperation (mainly REJUE members), as well as professional associations representing at national level those legal practitioners who contribute directly to the application of EU and international instruments relating to judicial cooperation in civil and commercial matters. The Central Authority in Spain is the Directorate-General for International Legal Cooperation and Human Rights of the Ministry of Justice, which is the Central Authority in the field of international judicial cooperation in civil and commercial matters.

With regard to liaison senior judges in Spain, they are governed by Royal Decree 242/2019, of 5 April, which regulates the legal regime of the staff of the Ministry of Justice who carry out action abroad in matters of justice, and there is already the legal provision that liaison senior judges stationed in a Member State of the European Union acquire the status of contact point of the EJM and exercise the functions of the contact points referred to in Article 34 of Law 16/2015, of 7 July (amended by Law 29/2022 of 21 December adapting national legislation to Regulation (EU) 2018/1727 of the European Parliament and of the Council of 14 November 2018 on Eurojust and regulating conflicts of jurisdiction,

international legal cooperation networks and staff working for the Ministry of Justice abroad).

About those referred to as «other judicial or administrative authorities with responsibility for judicial cooperation», in Spain and as existing internal mechanisms with responsibility for international legal cooperation are the following: The REJUE, REDUE, the Network of Prosecutors for International Legal Cooperation, and the Network of Lawyers for the Administration of Justice (RECILAJ).

Regarding professional associations, in Spain, there are the following professional associations representing legal professionals who contribute directly to the application of EU acts and international instruments relating to judicial cooperation in civil and commercial matters:

- a) The General Council of Notaries
- b) The General Council of Spanish Lawyers
- c) The Association of Property and Commercial Registrars of Spain
- d) The Spain General Council of «Procuradores»

IV. How EJM works and activities to ensure coordination with sitting judges

Spain's sole judicial contact point in the EJM is designated by the Ministry of Justice at the proposal of the CGPJ and one of its main objectives is to disseminate the work and activities of the EJM to national judges, for which it uses various tools, basically the CGPJ's International Relations Service, its national networks on international cooperation (REJUE and REDUE), and the «Prontuario».

The CGPJ's International Relations Service is increasingly in demand for international judicial assistance in support of Spanish judges and senior judges. Specifically, the Organic Law of the Judiciary attributes to

the Plenary of the CGPJ the regulatory power, among other matters, for "the organization and management of the actions of Spanish judicial bodies in matters of internal and international judicial cooperation" (article 560.1.16 letter k).

The CGPJ works on international judicial assistance activities not only through its International Relations Service, but also through its national networks on international judicial cooperation (REDUE and REJUE), through the «Prontuario» on international judicial cooperation and through its participation in the EJN. For example, the number of international civil and commercial requests answered and solved to Spanish judicial local authorities from the CGPJ and as an EJN Spanish judicial contact point amounted to 193 in 2018, 241 in 2019, 196 in 2020, 295 in 2021 and 222 in 2022.

To facilitate the tasks of international judicial assistance, the use of a tool that we call «Prontuario de Auxilio judicial Internacional» (Vademecum available to all jurisdictional organisms powered by CGPJ, Ministry of Justice, and Prosecutors Office), is vital. It was created by the International Relations Service of the CGPJ with the aim of facilitating the location and use of the legal instruments of international legal cooperation, as well as the preparation and fulfilment of letters rogatory, requests for judicial assistance or resolutions and orders issued under the principle of mutual recognition.

Its current regulation is included in art. 3 of the CGPJ Regulation 1/2018, on international judicial assistance and international judicial cooperation networks. It is accessible via the following link and has a public access section and a private access section reserved for Spanish courts:

<http://www.prontuario.org/portal/site/prontuario>

It is a tool that facilitates international judicial as-

sistance activities and is available to all members of the judiciary, the public prosecutor's office and the body of lawyers in the administration of justice. Both the CGPJ, through the International Relations Service, and the Ministry of Justice and the Attorney General's Office, which have contributed to its development through the Judicial Documentation Centre (CENDOJ), as well as the authors of the design and texts, make every effort to ensure that the information provided is correct and as complete as possible, as well as to minimize errors, and to ensure that the tool and its applications are kept up to date. Precisely about maintenance work, it is the REJUE who, at its annual conferences and through its civil and criminal workshops, updates the information provided in the Prontuario, with the aim of providing an adequate service in the field of international legal cooperation.

This activity is also exclusively dedicated to a Commission for Updating the Prontuario set up in 2019 under the provisions of article 3.3 of Regulation 1/2018, on international legal aid and international judicial cooperation networks.

Finally, it should be noted that all EJN activities are brought to the attention of the members of the REJUE who are responsible for disseminating them to the rest of the judiciary which they assist in international judicial work, as will be explained in the following section.

V. The General Council of the Judiciary's international judicial cooperation networks (REJUE - REDUE)

In Spain, Regulation 1/2018, on international judicial assistance and international judicial cooperation networks, approved by Agreement of 27 September 2018, of the Plenary of the CGPJ, has provided the CGPJ's

international networks with a modern and detailed regulation.

These are two judicial networks, directly dependent on the CGPJ, whose activity has a bearing on the international sphere: the Spanish Judicial Network for International Judicial Cooperation (also known as REJUE) and the Network of Specialists in European Union Law (also known as REDUE).

The REJUE began to operate in 2000 and was previously regulated in articles 76 bis 1 to 76 bis 5 of the CGPJ Regulation 5/1995, of 7 June, on ancillary aspects of judicial proceedings, and this after the modification of the Regulation by Regulatory Agreement 5/2003, of 28 May, of the Plenary of the CGPJ, in relation to International Judicial Cooperation. Under these regulations, the REJUE began its work with 62 magistrates, specialized in international cooperation matters and distributed throughout the national territory, grouped into two divisions: a civil division with 30 members and a criminal division with 32 members.

The Network of Experts in European Union Law (REDUE), as it was then known, has its origins in an agreement number 20 of the CGPJ Plenary, dated 17 May 2006, which approved the Rules of the CGPJ's Network of Experts in European Union Law and the bases for a call for applications for the selection of the Judges who would form part of this Network. Its main task was to provide the necessary assistance to judicial bodies in all matters concerning the application of EU law and the case law of the European Court of Justice, with particular attention to the operational mechanics of preliminary rulings. To this end, the alert service «La REDUE Informa» was created, in which, by subjects (civil-family, commercial, criminal, administrative, labor-social security), the judicial career was and is informed by means of

corporate mail, of the new EU regulations and case law that were and is of greatest interest for jurisdictional activity.

Under the current Regulation 1/2018, an important and decisive renewal of both networks created by the CGPJ took place in 2019, appointing 60 new members of the REJUE (30 in the criminal and contentious-administrative area and 30 in the civil and labor area) and 18 members of the REDUE, for a period of five years, renewable for successive periods of five years, in accordance with the provisions of article 10.1 of Regulation 1/2018, on international judicial assistance and international judicial cooperation networks. Within this framework, it should be noted that the REJUE is now made up of two divisions: The first, known as the REJUE-civil, is made up of judges and senior judges assigned to the civil or social jurisdictions, and the second, known as the REJUE-criminal, is made up of judges and senior judges assigned to the criminal or contentious-administrative jurisdictions. The main functions of the members of the REJUE include the following:

- a) To provide support to the International Relations Service of the CGPJ and to the contact points integrated in international judicial networks
- b) To act as active intermediaries to facilitate international judicial cooperation in Spain at the request of the judicial body. Active intermediation includes the functions of informing, advising, coordinating, where appropriate, and carrying out other actions aimed at facilitating judicial assistance in international matters, with full respect for the jurisdictional powers of the judicial bodies concerned.
- c) Promote and participate in training activities in the field of international legal cooperation, especially those that take place in the territory in which they carry out their functions.

- d) To prepare studies, draw up documents and propose other instruments aimed at fostering international judicial cooperation.
- e) To record each of its actions in the exercise of its intermediary function, for the purposes of drafting the corresponding annual report and responding to requests for information from the International Relations Service of the CGPJ.
- f) To draw up an annual report on its activities as a member of the Network during the month of January, which shall be submitted to the CGPJ's Standing Committee and taken into consideration for the appropriate purposes.
- g) Contribute to the permanent updating of the «Prontuario de Auxilio Judicial Internacional» by participating in at least one of the thematic areas of updating to be determined, under the guidelines and supervision of the coordinator of each thematic area.

About the REDUE, following Regulation 1/2018, in 2019 it will be made up of 18 judges and senior judges and divided into the following divisions:

- 1) Civil Law (Consumer Law and Area of Freedom, Security and Justice in the field of civil cooperation).
- 2) Commercial Law (Competition, Intellectual, Industrial and Commercial Property).
- 3) Criminal Law (Area of Freedom, Security and Justice in the field of criminal cooperation).
- 4) Administrative Law (and Tax Law).
- 5) Social Law (Labor and Social Security Law).
- 6) General aspects of European Union Law.

Three judges and senior judges have been appointed to each division, and their essential functions are as follows:

- a) To provide all necessary technical assistance to Spanish courts and tribunals in the location, interpretation and application of European Union

law and the case law of the Court of Justice of the European Union, with special attention to the mechanism of preliminary rulings.

- b) To promote and participate in training activities in the field of European Union law and the case law of the Court of Justice of the European Union.
- c) To prepare studies, guides and directories or other instruments designed to promote the knowledge and dissemination of European Union law and the case-law of the Court of Justice of the European Union
- d) To provide support or assistance in the field of European Union law to other Spanish institutions or bodies when so decided by the competent bodies of the CGPJ.
- e) To draw up an annual report on its activities as a member of the network during the month of January, which shall be submitted to the CGPJ's Standing Commission through the International Relations Service, which shall be taken into consideration for the appropriate purposes.
- f) To maintain institutional collaboration with the Spanish representatives in European institutions.

The year 2019 has therefore marked a before and after in the work of the REJUE and the REDUE, whose members carry out their tasks in coordination with the CGPJ's International Relations Service, which is responsible for the management and compilation of the statistics generated because of the activity of the members of these networks, as well as the organization and holding of their annual meetings.

It is worth recalling that almost fifteen years ago, in the presentation of the EJN's general guidelines by the European Commission at the Third Plenary Meeting of the EJN held in Madrid on 3 and 4 December 2004, the way in which the meetings had been organized in September 2003 and 2004 by the then "Spanish Network" was literally highlighted as an example of good

practice in the EJM, and the Commission indicated that the other Member States should consider similar initiatives by associating various national contact points.

More recently, the REDUE was awarded the 2018 Prize of the Academy of European Legal Practice for its activities. It should be noted that the REDUE offers information on the preliminary ruling procedure to judges and senior judges, prepares guides on the submission of preliminary rulings by Spanish courts, offers examples of preliminary rulings by jurisdictional orders, and maintains a database of Spanish preliminary rulings, a database of foreign preliminary rulings and supports the «REDUE informa» service.

Both through the «REDUE informa» and through the activities of the REJUE in its annual conferences, the work of application and dissemination of the case law of the European Court of Justice is carried out effectively, producing materials of great interest and directly available to the judiciary, as in the case of the practical guides.

In the area of the REJUE, the annual meetings enable work to be carried out in "workshops" where structural workshops are dedicated to legislative and case-law novelties, to practical guides for Spanish cooperation and to the updating and maintenance of the Prontuario.

The REJUE maintains on the CGPJ website, updated information on REJUE meetings, REJUE studies including practical guides, and documentation by divisions organized in thematic areas covering civil judicial cooperation, service of judicial and extrajudicial documents, obtaining evidence abroad, recognition and enforcement of judgments, family, alternative dispute resolution, international civil and commercial case

law, protective measures, precautionary measures: withholding of accounts, applicable law, international successions, and simplified and accelerated European Union procedures.

VI. A final remark as EJM Spanish judicial contact point

Networking has dominated international judicial cooperation for years and the EJM is a living example of the success of this approach. The EJM judicial contact points should not be isolated from their national judges and should maintain a stable and consistent line of communication to transmit all EJM activities, progress, and materials to their national judges. It is also essential that the EJM contact point cooperates without undue delay and as quickly as possible, responding fully to requests for cooperation from other EJM members.

At the moment I believe that the EJM works in a very professional and effective manner, and I have a very positive view of the following elements that make up the EJM itself: Secretarial services, Publications, Information on National Law (Information Sheets), Assistance to judges, Information for citizens, Linked to national networks and the renewed CIRCABC (last version on April 2023). ■



 By Francisco Javier Forcada Miranda,
Senior Judge - Spanish EJM
Contact Point Civil



Bundesamt
für Justiz



SACHSE -

Ministerium für
Justiz und Verbraucherschutz

#moderndenken



SACHSE -

Der Präsident
des Landgerichts Halle

#moderndenken

Europäischer Tag der Justiz 2023

23. November 2023 in Halle (Saale)



Bild: Landgericht Halle (Saale)

SAVE THE DATE!

Die Fachveranstaltung ist für eine Anerkennung als Fortbildungsveranstaltung gemäß § 15 FAO konzipiert. Eine Bescheinigung zur Vorlage bei der für die Entscheidung zur Anerkennung zuständigen örtlichen Rechtsanwaltskammer wird erteilt.

Weitere Informationen und Anmeldemöglichkeit unter: www.mj.sachsen-anhalt.de

DAS EUROPÄISCHE JUSTIZIELLE NETZ

→ Arbeitshilfen und Formulare für die Rechtshilfepraxis auf der Internetseite des Bundesamts für Justiz

Seit 2018 bietet das Bundesamt für Justiz Muster und praktische Informationen zum Rechtshilfeverkehr in einem passwortgeschützten Bereich auf seiner Internetseite an. Dieser Bereich ist unter dem folgenden Link für alle Gerichte zugänglich: <https://www.bundesjustizamt.de/irzh> (dort abrufbar über die Menüpunkte → Rechtshilfeordnung für Zivilsachen → Arbeitshilfen und Formulare). Für den Zugang ist lediglich eine kurze Registrierung mit der E-Mail-Adresse eines deutschen Gerichts oder einer Landesjustizverwaltung erforderlich.



Arbeitshilfen und Formulare

Auf dieser Seite stellt das Bundesamt für Justiz (BfJ) in Zusammenarbeit mit den Landesjustizverwaltungen, den zuständigen obersten Landesbehörden und den zuständigen Bundesministerien "Arbeitshilfen und Formulare" zur Verfügung. Diese Inhalte sind passwortgeschützt. Zugang erhalten nur die deutschen Gerichte und die Landesjustizverwaltungen.

Diese Arbeitshilfen sollen bei der Bearbeitung von eingehenden und ausgehenden Rechtshilfeersuchen in Zivil- und Handelssachen sowie bei der Bearbeitung von verwaltungs-, finanz- und sozialgerichtlichen Ersuchen soweit Rechtshilfe auf vertragloser Basis geleistet wird, unterstützen. Bezüglich landesspezifischer Besonderheiten wenden Sie sich bitte an Ihre zuständige Prüfstelle bzw. Landesjustizverwaltung.

Anmeldung

Sollten Sie sich bereits registriert haben, können Sie sich → [hier anmelden](#).

Registrierung für den geschützten Bereich

Zur Registrierung für den geschützten Bereich geben Sie bitte in das Feld "E-Mail" Ihre dienstliche E-Mail-Adresse ein und vergeben Sie im Feld "Passwort" ein selbst gewähltes Passwort.

Im geschützten Bereich ist eine umfangreiche vom Bundesamt für Justiz in Zusammenarbeit mit den Landesjustizverwaltungen zusammengestellte Sammlung von Arbeitshilfen und Formularen abrufbar. Die Sammlung umfasst sowohl Kurzanleitungen für den vertraglichen Rechtshilfeverkehr in Zivilsachen (etwa zur Europäischen Zustellungsverordnung, zum Haager Zustellungsübereinkommen von 1965, zum Haager Beweisaufnahmeübereinkommen von 1970, zum Haager Zivilprozessübereinkommen von 1954 sowie dem deutsch-britischen Rechtshilfeabkommen von 1928) wie auch für die vertraglose Zivilrechtshilfe.

Für den Bereich der vertraglichen Rechtshilfe sind zudem die wichtigsten Formulare und Mustervordrucke gebündelt abrufbar.

Rechtshilfeverkehr mit dem Ausland in Zivil- und Handelssachen

- Kurzanleitung EU-Zustellungsverordnung (EuZVO)
 - [Zustellung durch Auslandsvertretung \(PDF, 159KB, Datei ist barrierefrei\)](#)
 - [Zustellung durch ausländische Empfangsstellen \(PDF, 554KB, Datei ist barrierefrei\)](#)
 - [Zustellung durch Postdienste \(PDF, 544KB, Datei ist barrierefrei\)](#)
- Antragsformular "Formblatt A" nach dem Muster in Anhang I der EuZVO
 - [Formblatt A in deutscher, englischer und französischer Sprache \(docx, 38KB, Datei ist nicht barrierefrei\)](#)
- Kurzanleitung Haager Zustellungsübereinkommen von 1965 (HZÜ)

Darüber hinaus lassen sich im geschützten Bereich auch Kurzanleitungen und praktische Handreichungen für den vertraglosen Rechtshilfeverkehr in verwaltungs- und finanzgerichtlichen sowie in sozialgerichtlichen Angelegenheiten abrufen. Gerade im Bereich der vertraglosen Rechtshilfe, die naturgemäß auf standardisierte Formblätter verzichten muss, sind die in den Kurzanleitungen enthaltenen Musterschreiben für frei formulierte Rechtshilfeersuchen eine wichtige Hilfe für die Praxis.

Der geschützte Bereich für die Rechtshilfe auf der Internetseite des Bundesamts für Justiz hat sich in den fünf Jahren seines Bestehens zu einer wichtigen Anlaufstelle für die deutschen Gerichte und Landesjustizverwaltungen entwickelt, die dort gebündelt auf die zentralen praktischen Hilfsmittel zugreifen können, um so bei der Erstellung und Bearbeitung von eingehenden und ausgehenden Rechtshilfeersuchen eine maßgebliche praktische Unterstützung zu erfahren. ■



Nils Schröder

Referat II 1 des Bundesamts für Justiz

Neue Verbindungsbeamtin im französischen Justizministerium

- Seit dem 1. September 2022 ist Hilâl Berk die neue Verbindungsbeamtin des Bundesministeriums der Justiz im französischen Justizministerium. Zu ihren Aufgaben gehört es, die Justiz beider Länder in grenzüberschreitenden deutsch-französischen Fällen zu unterstützen und Auskünfte zur Rechtslage zu erteilen. Frau Berk hat im BMJ zuvor in den Bereichen Verbraucherforschung, Ausländer-, Asyl- und Flüchtlingsrecht und internationale rechtliche Zusammenarbeit gearbeitet.



Neue EJM-Familienrichterin

- Im Oktober 2022 wurde Richterin am Oberlandesgericht Dr. Katja Schuppe als weitere Richterin für Familienrecht im Europäischen Justiziellen Netz für Zivil- und Handelssachen (EJM) benannt und ist seither im Rahmen dieser Funktion tätig, die sie neben den Kolleginnen Martina Erb-Klünemann (AG Hamm) und Dr. Joanna Guttzeit (AG Pankow) – beide auch im Haager Verbindungsrichternetzwerk -, sowie dem Kollegen Dr. Martin Menne (KG Berlin) ausübt. Dr. Katja Schuppe gehört dem 4. Familiensenat des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main an und studierte Rechtswissenschaften in Frankfurt am Main sowie Leicester (England).



Neue Ansprechpartnerin bei der Landeskontaktstelle Baden-Württemberg

- Im Juni 2023 hat es bei der Landeskontaktstelle Baden-Württemberg einen Personalwechsel gegeben. Ansprechpartnerin ist nunmehr Lea Bernauer. Nach Stationen beim Amtsgericht Mannheim und bei der Staatsanwaltschaft Mannheim ist sie seit dem 15. Juni 2023 an das Ministerium der Justiz und für Migration Baden-Württemberg abgeordnet und hier im Referat für Europarecht, Internationales Privat- und Zivilprozessrecht, Rechtshilfe und Notariatswesen tätig.



Neuer Ansprechpartner bei der Landeskontaktstelle Saarland

- Zum Juni 2023 hat es bei der Landeskontaktstelle des Saarlandes im Ministerium der Justiz einen Personalwechsel gegeben. Neuer Ansprechpartner bei der Kontaktstelle ist Oberstaatsanwalt Dennis Zahedi. Nach Tätigkeiten als Rechtsanwalt, bei Gericht und der Staatsanwaltschaft ist er seit Anfang 2023 an das Ministerium der Justiz in Saarbrücken abgeordnet.



Impressum:

Herausgeber:

Bundesamt für Justiz
53094 Bonn

Gestaltung:

Referat L 2
(Presse- und Öffentlichkeitsarbeit; Veranstaltungsmanagement)

Redaktion:

Referat II 1
Bundeskontaktstelle im Europäischen Justiziellen Netz
für Zivil- und Handelssachen

Bildnachweise:

Seite 2-5 © Bundesamt für Justiz
Seite 10/11 © www.pexels.com
Seite 17 © Landgericht Halle (Saale)